

## Transatlantic Dialogue on Religion and Politics: Concepts, Definitions and Trends

**Veranstalter:** American Institute for Contemporary German Studies, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bosch-Stiftung

**Datum, Ort:** 07.07.2006, Washington

**Bericht von:** Marianne Zepp, Heinrich Böll Stiftung

Das in Washington angesiedelte American Institute for Contemporary German Studies führt seit 2 Jahren in unregelmäßigen Abständen mit unterschiedlichen Partnern Seminare mit ausgewiesenen Fachleuten zum Verhältnis von Religion und Politik in den USA und Deutschland durch. Dabei gehen die Beiträge auf mentale Strukturen, auf geschichtliche Entstehungskontexte ein und fragen nach den strukturellen Bedingungen, nach denen das Verhältnis von Religion und Politik in den jeweiligen Ländern geregelt ist: Dabei beschränkt man sich nicht, wie nach dem Selbstverständnis und der genuinen Aufgabenstellung politischer think tanks üblich, auf Probleme der unmittelbaren Politikberatung, d.h. auf die Anwendbarkeit von analytischen Ergebnissen für die politische Praxis. Welche kirchlichen Traditionen wirksam werden, welche staatlichen und gesellschaftlichen Regelmechanismen für religiöse Praxen im öffentlichen Raum sich aufgrund historischer Entwicklungen herausgebildet haben und wie die religiösen und politischen Akteure unter den Bedingungen gesellschaftlicher und kultureller Diversität reagieren, welche Anpassungsleistungen besonders die europäischen Gesellschaften durchlaufen und inwieweit amerikanische Verhältnisse in Hinblick auf religiöse Pluralität dafür als Vorbild dienen können, sind die Fragestellungen.

Die zuletzt durchgeführte Veranstaltung, die durch die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt und durch die Bosch-Stiftung gesponsert wurde, erweiterte nun die Perspektive von dem bilateralen Vergleich Deutschland-USA auf mehrere europäische Länder. Die Veranstaltung mit dem Titel „Transatlantic Dialogue on Religion and Politics: Concepts, Definitions and Trends“ fand am 7. Juli in Washington statt. Angesprochen werden sollten Deutschlandexperten aus dem universitären aber auch dem politischen Bereich.

In einem ersten Panel wurde nach dem Begriff von Religion gefragt, nach dem Verhältnis von privaten Glaubensüberzeugungen und den politischen Implikationen in den modernen europäi-

schen und der US-amerikanischen Gesellschaft. Bereits bei den beiden vorangegangenen Veranstaltungen in Washington und in Berlin hatte man sich auf die staatliche Verfasstheit konzentriert, die die jeweiligen Glaubenstraditionen in den beiden Gesellschaften hervorgebracht hatten. Ausgangspunkt war die nicht mehr so neue Erkenntnis, dass die „forcierte Wiederkehr der Religionen in den öffentlichen Raum“ (F.W. Graf) zumindest die bisherige Annahme einer Überwindung des Religiösen als ein vormoderne Erscheinung erschüttert hat und damit das Verhältnis Kirche-Staat zwar nicht grundsätzlich zu revidieren, so doch neu zu justieren sei. Die Gesprächsreihe versuchte weder dem Duktus der clash of civilizations verbundene Feindbildproduktion gegenüber dem Islam zu folgen wie sie insbesondere in Deutschland gepflegt wird, - man denke nur an Enzensbergers Schreckensmänner-Diagnose - noch folgte man eine dem Religiösen gegenüber affirmativen Suche nach Wertorientierungen.

Die Vorträge und Diskussionen dienten in erster Linie dazu, die gegenseitigen Wahrnehmungen anhand von soziologischen und politologischen Analysen zu überprüfen, was u.U. zu Korrekturen landläufiger Meinungen führte. So wurde auch in dieser Veranstaltung die deutsche Wahrnehmung einer religiösen Überformung der amerikanischen Politik durch die fundamental-religiösen Evangelikalen erneut in Frage gestellt. Sowohl die bereits in der ersten Veranstaltung dargelegte Analyse des Einflusses der protestantischen Glaubensgemeinschaften auf die politischen Entscheidungen der amerikanischen Regierungsadминистраtion wie die auch in diesem Seminar vorgetragenen Untersuchungsergebnisse von Mark Rozell (George Mason University) legten überzeugend dar, dass dieser Einfluss aus deutscher und europäischer Sicht deutlich überschätzt wird. Offensichtlich dient diese Interpretation auf europäischer Seite auch der Selbstvergewisserung, man sei, nun ja: aufgeklärter, moderner? Er vertrat vielmehr die These, dass zwar auch in den USA die Wahrnehmung bestünde, Bush sei der Vertreter der religiösen Rechten in den USA im Weißen Haus, aber dennoch sei ihr politischer Einfluß auf Entscheidungen der amerikanischen Administration nachweislich geringer als gemeinhin angenommen, ebenso blieben ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die Republikanische Partei begrenzt. Die Glaubensgemeinschaften haben zwar versucht, durch die Konzentration auf moralisch-ethische Fragen wie Abtreibung,

---

gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und Schulgebete, die Koordinaten innerhalb der amerikanischen Öffentlichkeit hin zu fundamentalchristlichen Ansichten zu verschieben, aber dennoch ist, was z. B. die Homosexuellenehe angeht, die Liberalisierung in den USA eher weiter fortgeschritten und übertrifft in einigen Punkten nicht nur europäische Standards sondern insbesondere auch deutsche. Was die Entwicklung der Gruppen selbst angeht, so wurde die sich in den 70er bis 80er Jahren formierende Moral Majority durch die Christian Coalition Ende der 80er Jahre abgelöst. Damit ist auch ein politischer Lernprozess innerhalb der evangelikalen Gruppen einher gegangen, der mit dem anderer radikaler Gruppierungen zu vergleichen ist: man paßt sich sowohl in der Rhetorik wie in den Strategien soweit dem politischen mainstream an, dass die Durchsetzbarkeit eigener Positionen deutlich erhöht wird. Diese „sophistication of the political game“ hat den öffentlichen Erfolg der christlichen Rechten in den USA erhöht. Inwieweit dieser Prozeß sich bei der nächsten Wahl durch die Unterstützung eines (aussichtsreichen) Präsidentschaftskandidaten in harte politische Münze verwandeln läßt, wird von entscheidender Bedeutung für die Zukunft dieser Bewegung sein.

Auf den kulturellen Zusammenhang von religiöser Zugehörigkeit und anderen Sozialfaktoren ging der Beitrag von Jeffrey Peck (AICGS, Georgetown University) ein. Am Beispiel des Jüdisch-Seins beschrieb er Religionszugehörigkeit als einen „marker“, ein Merkmal neben Ethnizität und nationaler Zugehörigkeit, die Gruppenzugehörigkeit kennzeichnen. Anhand dieser Merkmale ist sowohl Unterscheidbarkeit wie auch die Einpassung in eine kulturell-religiös diversifizierte Gesellschaft, wie sie die (west)europäischen und nordamerikanischen Gesellschaften in der Zwischenzeit darstellen, möglich. Ethnizität, eine Kategorie, die in der deutschen Definition problematisch ist, wird im angelsächsischen Kontext wesentlich unbedenklicher benutzt. Sie beschreibt in der Regel in den traditionell durch Zuwanderung geprägten USA das setting von Herkunftsmerkmalen bestimmter Einwanderergruppen. Wie auch „nation“ im englischen Sprachgebrauch nicht ausschließlich staatliche Verfasstheit voraussetzt, sondern wiederum sich nach Herkunft und kulturellen Gemeinsamkeiten definierende Gruppen innerhalb eines Staates bezeichnen kann wie die Selbstbeschreibung der nordamerikanischen Ureinwohner

als „Indian nations“ bzw. „first nations“ beweist. Der von Peck anhand der türkischen Gemeinde in Deutschland definierte soziale Status als Merkmal einer Unterschichtseinwanderung sollte deutlich machen, auch Klasse als Distinktionsmerkmal, neben klassisch kulturellen Merkmalen, als einen sozialen marker in der Debatte nicht außer Betracht zu lassen.

Auf die religiöse Verfasstheit der deutschen Öffentlichkeit gingen zwei deutsche Theologen in ihren Beiträgen ein. Rolf Schieder (HUB) versuchte, die neueren Erscheinungen kollektiver emotionaler Vergemeinschaftungserfahrungen in Zusammenhang mit einem Funktionswandel des Religiösen in modernen Gesellschaften zu sehen. So sind in den letzten Jahren verstärkt mit religiösen Metaphern argumentierende Phänomene von den Kirchen in Deutschland geduldet und in einigen Fällen sogar begrüßt worden. Sie kennzeichnen Anpassungs- und Modernisierungsleistungen von Religion in der heutigen, sie führen, wie Schieder erläuterte, die seit den Religionskriegen in Europa einsetzende Politisierung von Religion fort. Religiöser Pluralismus hat in diesem historischen Prozess die funktionale Differenzierung von Religion in der Gesellschaft herausgefordert. Dazu gehört sowohl der deutsche Kulturprotestantismus in seiner nationalstaatlichen Ausrichtung, die den Protestantismus bis heute in seine nationalen Schranken verweist. Dagegen erweisen sich sowohl Katholizismus wie Islam als globalisierungsfreundlicher und damit als transnationale Kräfte. Neben diesen historisch-politischen Differenzierungsprozessen durch Religion bleibt es den Theologen überlassen, den Urgrund des Religiösen als ein existentielles Phänomen menschlichen Daseins zu beschreiben und dabei die „Säkularen“ als eine Spezies abweichenden religiösen Verhaltens zu charakterisieren, als die modernen Protestanten sozusagen. Man kann die Argumentation natürlich auch umdrehen und in aufklärerischer Manier die Würde des Säkularen gegen die umfriedete Welterklärung der Religion wenden, was der „Würde des säkularen Staates“ (Reemtsma) angemessen ist.

Auch Johannes Zachhuber (Trinity Colleg, Oxford) ging auf das Verhältnis von politischem Handeln und Religion in Deutschland ein. Der Versuch von Seiten der Familienministerin van der Leyen, die Definitionsmacht über Erziehungsgrundsätze an die beiden christlichen Großkirchen zurück zu delegieren und die darauf folgenden öffentlichen Abwehrreflexe deuten auf eine Wandlung im öf-

fentlichen Bewußtsein hin. Zugleich verweist die Handlungsweise der Ministerin auf zwei Traditionen in Deutschland. So wurde zwar auch in Deutschland der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche übernommen, jedoch behielten die Kirchen, durch die Dominanz des Protestantismus in Preußen und in der Fortsetzung im Wilhelmschen Kaiserreich, indirekt ihren - geduldeten - Einfluß auf die öffentliche Politik. An die Kirchen wurde der Anspruch erhoben, Werte zu vermitteln, die beide Bereiche, Politik und Religion, miteinander teilen könnten. Diesen gesellschaftlichen Einfluß haben die beiden Großkirchen, unabhängig von ihrer Mitgliederzahl, bis heute behalten. Religionsunterricht an öffentlichen Schulen wird bis heute von der Mehrzahl der Eltern als charakterbildend begrüßt. Von daher konnte die Ministerin davon ausgehen, an eine akzeptierte Tradition anzuknüpfen. Allerdings ist die Kritik, die ihr entgegen schlug, ein Indiz dafür, dass die religiöse Landschaft sich in Deutschland verändert hat. Zwei Reaktionen lassen sich laut Zachhuber unterscheiden: einmal die reflexive Antwort der aus dem Osten stammenden, nicht kirchlich gebundenen Säkularen, die die kirchlichen Interventionen mit sehr viel kritischeren Augen sehen als die Altbundesbürger dies tun. Der andere Angriff kam von den Vertretern anderer Religionsgemeinschaften, den jüdischen und muslimischen Gemeinden, die den Alleinvertretungsanspruch der christlichen Großkirchen ins Visier nahmen. Die Schlußfolgerungen daraus legen nahe: die deutsche Gesellschaft muß auf die religiöse Herausforderungen der Einwanderungsgruppen antworten. Das bedeutet in erster Linie die Integration religiöser Minderheiten in die bestehenden Institutionen des sozialen, rechtlichen und politischen Systems der Bundesrepublik. Die Antworten auf diese Aufgabe fallen unterschiedlich aus. Zum einen wird ein neues Regelungssystem zwischen Staat und religiösen Gemeinschaften gefordert, das mit der Trennung von Staat und Kirchen ernst macht. Andererseits sind die Bemühungen vor allem die islamischen Glaubensgemeinschaften in das bestehende System zu inkorporieren nicht zu übersehen und nach Ansicht Zachhubers wohl erfolgversprechend. Es würde der deutschen Gesellschaft nicht nur eine grundlegende Auseinandersetzung über ihre säkulare Verfasstheit ersparen, sondern auch die Toleranz innerhalb der Gesellschaft für den Islam erhöhen, ohne sich tiefer mit den eigenen historisch gewachsenen Vorurteilen auseinandersetzen zu müssen.

Wie unterschiedlich sich die historischen Bedingungen in den einzelnen europäischen Ländern auswirken, zeigte das Beispiel von Frankreich und Polen, beide im Gegensatz zu Deutschland zutiefst katholisch geprägte Länder. Wie sich das Ringen des post-kommunistischen Polen mit seinen Anpassungsleistungen an Europa auf seine Religiosität auswirkt, fragte Jaroslaw Glodek, Dominikanerpriester aus Warschau. Zwei Prognosen beherrschen die polnische Entwicklung, einmal die These der zunehmenden Säkularisierung aufgrund zunehmender Modernisierung und andererseits die Verstärkung des Religiösen durch die enge Verknüpfung zwischen Nationalgefühl und katholischem Glauben. Obgleich die Stellung des Katholizismus in Polen unangefochten ist, ist die katholische Kirche in Polen seit dem Beginn der 90er Jahre mit einem immer komplizierter werdenden Geflecht von Politik, Glaubensüberzeugungen und Kirche konfrontiert. Während sich einzelne Kirchenvertreter direkt in gesellschaftliche Belange wie Abtreibung, religiöse Erziehung in den Schulen, Wahlverhalten und Medienpräsenz einmischen, sinkt in der Bevölkerung die Akzeptanz für diese Art der Kirchenpolitik. Sorgen bereiten den Kirchenvertretern nicht nur die fundamental-klerikalen Interventionen wie Radio Marya sie praktiziert, sondern auch die dadurch hervorgerufene, zunehmend stärker werdende Opposition gegen kirchliche Positionen in der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund zunehmender Polarisierung ist auch die Kritik von höchster katholische Stelle durch Papst Benedikt zu interpretieren. Mäßigung gilt es zu üben angesichts eines sich mehr und mehr auch in der polnischen Öffentlichkeit zu Wort meldenden kritischen europäischen Kontexts. Die laïcité Frankreichs, d.h. die strikte Trennung von jeglichem religiös-kirchlichem Einfluss auf öffentlich-staatliche Belange stellt besonders für die katholische Kirche den als bedrohlich angesehenen Gegenpol zur polnischen katholischen Tradition dar. Dennoch muss auch die französische Gesellschaft in Zeiten zunehmender öffentlicher religiöser Rhetoriken einem neuen Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik gewärtig sein. Die Reflexe des nationalen Mythos, den Kirchenfeudalismus ein für alle mal revolutionär überwunden zu haben genügen diesen Anforderungen nicht mehr. Diesen von ihr als fundamentalistischen Laizismus bezeichneten staatlichen Abwehrreflex allen religiösen Äußerungen gegenüber hat Anne-Marie Glouannec (CER/FNSP, Paris) ei-

---

ner kritischen Betrachtung unterzogen. Das französische Bewußtsein, dass die Republik und Laizität in eins setzt, dass die Schulen als nationale Erziehungsanstalten diesem nationalen Bewußtseins zu dienen haben und dass die Gesellschaft weiterhin der Abwehr allem Religiösen zu unterliegen hat, wird von der Wirklichkeit religiöser Minoritätengruppen eingeholt. Glouannec appellierte nicht dafür, diese beschriebenen Grundlagen der französischen Republik in Frage zu stellen, allerdings hat sich auch die französische Gesellschaft zu fragen, welche blinden Flecke aus ihrer Geschichte, insbesondere aus der Kolonialzeit, sie damit verdeckt und wie die Antworten besonders gegenüber den ehemals Kolonialisierten im eigenen Land kulturell und sozial auszusehen haben.

Es hat sich an dieser Veranstaltung gezeigt, dass die Erkenntnisse einer kritischen Geschichtswissenschaft, für die es im innereuropäischen Dialog bereits fest eingeführte Zusammenhänge gibt, auch in der transatlantischen Verständigung unerlässlich sind.

Tagungsbericht *Transatlantic Dialogue on Religion and Politics: Concepts, Definitions and Trends*. 07.07.2006, Washington. In: H-Soz-u-Kult 10.08.2006.